

NEWSLETTER 01|2021

Berlin, den 18. Februar 2021

INHALTSVERZEICHNIS

AUS DER EAF ARBEIT

Bericht aus der Sitzung des Präsidiums	3
Kinderrechte und Grundgesetz	3
Pressemitteilungen der eaf	3

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Online Lunchbag Sessions „Familie am Mittag“	4
„Männer Leben Beruf“	4
„Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen und stärken“	5
„Familien stärken – Familienstärken“	5
Elternschaft heute - Neunter Familienbericht	5
“Empowerment digital” für politisch engagierte Frauen	5
“Familienbildung im kommunalen Kontext“	5
„Die Baby-Boomer gehen in Rente – Chancen und Herausforderungen“	5
„Familien im Sozialraum“	5

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Bundesministerin Giffey setzt die Bundesprogramme Kita-Einstieg und Sprach-Kitas bis Ende 2022 fort	6
Elterngeldnovelle vom Deutschen Bundestag beschlossen	6
Bundesregierung beschließt Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz	7
Bundesfamilienministerium stärkt Medizinische Hotline für mehr Kinderschutz in Deutschland	7

CORONA UND FAMILIEN

Ladenhüter Elternentschädigung	8
Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Familienwissenschaftliche Perspektiven	8
COPSY-Studie	8
Stufenplan für Wiedereröffnung von Schulen und Kitas wäre wichtiges Signal	8
Zivilgesellschaftliches Bündnis kritisiert Coronahilfen für arme Menschen als unzureichend	9
Anspruch auf digitale Endgeräte für das Homeschooling: Jetzt Anträge stellen	9
Familiengipfel zum Umgang mit Corona-Folgen	9

Ministerin Giffey kündigt Jugend-Hearing zur Bewältigung der Corona-Folgen an	9
Kinderbonus brachte deutlich mehr „Wumms“	9
Ministerium geht von mehr häuslicher Gewalt aus	9
Wir brauchen einheitliche Vorgaben zur Kinderbetreuung	10
Lernen im Lockdown	10
Eltern haben länger Anspruch auf Kinderkrankengeld	10
Welche Kinder und Eltern die Pandemie am härtesten trifft	11
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN	
Große Mehrheit der Familien ist aus finanziellen Gründen auf Kita-Platz angewiesen	11
Familienleben in Corona-Zeiten: Familienreport 2020	11
Managerinnen-Barometer	12
In 3,2 Millionen Familien mit jüngeren Kindern sind beide Elternteile erwerbstätig	12
Arbeiten in sozialen Berufen	12
THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND	
Auch geflüchtete Frauen brauchen wirkungsvollen Schutz vor Gewalt	12
Familie als ein Haupttortort sexuellen Kindesmissbrauchs muss stärker in den Fokus von gesellschaftlicher Aufarbeitung rücken	13
Mieterbund begrüßt EU-Vorstoß für erschwinglichen Wohnraum	13
Breite Allianz fordert Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro und weitere Corona-Soforthilfen für arme Menschen	13
Frauen kämpfen für gemeinsame Mutterschaft	13
Perspektiven auf eine europaweite Kindergarantie zur Bekämpfung von Kinderarmut in Europa	14
NÜTZLICHE INFORMATIONEN	
Elterngeld digital	14
Neue, vollständige Basisbibel erschienen	14
Impressum	14

AUS DER EAF ARBEIT

Bericht aus der Sitzung des Präsidiums

11. Februar 2021

Das Präsidium tagte online und diskutierte unter anderem ein Konzept für die Jahrestagung am 15. und 16. September 2021 in Hannover, hoffentlich wieder als Präsenzveranstaltung. Mit Blick auf die Erfahrungen aus der Pandemie wird sich die Tagung in diesem Jahr der Frage widmen, wie Familienpolitik krisensicher gestaltet werden kann. Wie stets im Februar befasste sich das Gremium auch mit dem Jahresabschluss 2020 und der Mittelanmeldung für 2022.

Die Web-Dokumentation der Jahrestagung 2020 "Ein Wunschkind - um welchen Preis? Ethische Fragen an die Reproduktionsmedizin" (16.-17. September 2020 in Bonn) steht als PDF-Downloads und YouTube Videos zur Verfügung:

>>>www.eaf-bund.de/de/projekte/reproduktionsmedizin/fachtagung

Policy Paper der eaf:

Kinderrechte und Grundgesetz

Alternativvorschlag zum Erreichen der Zweidrittelmehrheit

Die eaf begrüßt grundsätzlich das Vorhaben der Koalition, die Rechte von Kindern ausdrücklich im Grundgesetz sichtbar zu machen. Sie bezweifelt aber, dass der gegenwärtige Vorschlag für zwei Drittel von Bundestag und Bundesrat mehrheitsfähig ist. Die eaf hat deshalb ein Policy Paper mit einem Alternativvorschlag erarbeitet. Dieser ist eine schlanke Lösung, der Kinder in Art. 6 des Grundgesetzes explizit nennt. Der eaf-Alternativvorschlag gerät weder mit den UN-Kinderrechten in Konflikt noch gefährdet er das wohlaustarierte Dreiecksverhältnis von Eltern, Kind und Staat.

>>>Policy Paper der eaf vom 19. Januar 2021

Pressemitteilungen der eaf

>>>Familienorganisationen im Bund und in den Ländern drängen auf Beschluss zum Rechtsanspruch für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Pressemitteilung der AGF vom 10. Februar 2021

Stärkung der Familienbildung jetzt!

eaf unter den Initiatoren eines offenen Briefs zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Familienbildung als niedrigschwellige und wirksame Unterstützung für Familien stärken: Dafür sprechen sich 23 Organisationen gemeinsam in einem offenen Brief aus. Die evangelische Arbeitsgemeinschaft familie (eaf) hat diesen Brief mit initiiert. „Das parlamentarische Verfahren zur Reform des Kinder- und Jugendhilferechts (SGB VIII) sollte unbedingt dafür genutzt werden,

eine Klarstellung in das Gesetz einzuarbeiten", so Dr. Martin Bujard, Präsident der eaf. „Nur so ist sichergestellt, dass die Angebote der Familienbildung auch in Zeiten knapper Kassen bestehen. Familienbildung ist während der aktuellen Corona-Pandemie von unschätzbarem Wert für die Familien. Sie wird Eltern und Kinder insbesondere auch dann zugutekommen, wenn in den kommenden Jahren Spätfolgen der Krise bewältigt werden müssen.“

>>>[Offener Brief vom 8. Februar 2021](#)

>>>[Verbändebündnis fordert Umsetzung des Koalitionsvertrags für Alleinerziehende und Trennungsfamilien](#)

Pressemitteilung vom 2. Februar 2021

>>>[Mehr Elterngeld für Frühchen. eaf: Weitere Nachbesserungen beim Elterngeld notwendig](#)

Pressemitteilung der eaf vom 29. Januar 2021

>>>[Kinderrechte und Grundgesetz: eaf-Alternativvorschlag zum Erreichen der Zweidrittelmehrheit](#)

Pressemitteilung der eaf vom 19. Januar 2021

>>>[Kinderkrankentage bei Betreuungsgängern: eaf fordert rasche Umsetzung und unkompliziertes Antragsverfahren](#)

Pressemitteilung der eaf vom 13. Januar 2021

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Online Lunchbag Sessions „Familie am Mittag“

Familienwissenschaftliches Kolloquium des Deutschen Jugendinstituts im Jahr 2021 mit jeweils 2 Veranstaltungen pro Monat

>>>[Programm und Anmeldeformular](#)

„Männer Leben Beruf“

[Neue Arbeitswelten – neue Männerperspektiven, 4.-5. März 2021](#)

Online-Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit forum männer – Amt für Gemeindedienst in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

>>>[Programm und Anmeldung](#)

„Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen und stärken“

Fachtag der eaf Bayern (online), 9. März 2021

[>>>Einladungskarte](#)

[>>>Anmeldeformular](#)

„Familien stärken – Familienstärken“

Fachtag der eaf Niedersachsen

Wichernsaal, Hannover und online

[>>>Programm und Anmeldung demnächst hier](#)

Elternschaft heute - Neunter Familienbericht

Digitale Fachveranstaltung des Deutschen Vereins, 12., 16. und 18. März 2021

[>>>Programm und Anmeldung](#)

“Empowerment digital” für politisch engagierte Frauen

Online-Veranstaltungsreihe von Frauen aufs Podium e.V., 4. Februar bis 31. März 2021

[>>>Informationen und Anmeldung](#)

“Familienbildung im kommunalen Kontext“

Digitale Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt (LAGF), 18. März 2021

[>>>Einladungskarte](#)

[>>>Anmeldeformular](#)

„Die Baby-Boomer gehen in Rente – Chancen und Herausforderungen“

9. Berliner Demografie-Forum (BDF), Online, 22. März 2021

[>>>Programm und Anmeldung](#)

„Familien im Sozialraum“

Berufsbegleitender Zertifikatskurs an der Evang. Hochschule Ludwigsburg,
September 2021 – September 2022

[>>>Flyer](#)

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN



Bundesministerin Giffey setzt die Bundesprogramme Kita-Einstieg und Sprach-Kitas bis Ende 2022 fort

Die Bundesprogramme „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ und „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ gehen seit Anfang des Jahres in eine neue Förderperiode. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt insgesamt 420 Millionen für die Fortsetzung der beiden Bundesprogramme bis Ende 2022 zur Verfügung.

[>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 3. Februar 2021](#)

Elterngeldnovelle vom Deutschen Bundestag beschlossen

Der Bundestag hat am 29. Januar das „Zweite Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes“ beschlossen, das Eltern mit frühgeborenen Kindern besserstellt. Teilzeitarbeit und Elterngeld werden einfacher kombinierbar. Außerdem wird der Bezug für Spitzenverdiener eingeschränkt. Die Regelungen sollen zum 1. September 2021 in Kraft treten.

[>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 29. Januar 2021](#)

Die eaf hatte sich am 7. Dezember 2020 mit einer [>>>Stellungnahme](#) im Gesetzgebungsprozess geäußert. Sigrid Andersen hat die eaf am 14. Dezember 2020 in einer öffentlichen [>>>Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#) im Bundestag vertreten.

In Ihrer aktuellen Pressemitteilung fordert die eaf weitere Nachbesserungen beim Elterngeld:

[Pressemitteilung eaf vom 29. Januar 2021](#)

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz im Bundestag beraten

Der Bundestag hat am Freitag, 29. Januar 2021, in erster Lesung über den Regierungsentwurf für ein modernisiertes Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG, 19/26107) beraten. Mit dem Gesetz sollen die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickelt werden. Ziel sei ein wirksames Hilfesystem, das Kinder vor Gefährdungen schützt und Familien stärkt, schreibt die Bundesregierung.

[>>>Meldung auf bundestag.de vom 29. Januar 2021](#)

[>>>Pressemitteilung Diakonie Deutschland vom 28. Januar 2021 „Gesetz muss echte Veränderungen bringen“](#)

Die eaf hatte sich am 22. Oktober 2020 mit einer >>>Stellungnahme im Gesetzgebungsprozess geäußert.

Am 8. Februar 2021 forderte die eaf gemeinsam mit zahlreichen anderen Verbänden in einem >>>offenen Brief, im Zuge der Reform des SGB VIII auch die Familienbildung zu stärken.

Bundesregierung beschließt Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

Die Bundesregierung hat am 20. Januar 2021 den von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz beschlossen. Damit setzt sie eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags um. Der Regierungsentwurf geht auf Empfehlungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zurück und setzt die Einigung auf einen Regelungstext um, welche eine vom Koalitionsausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe am 12. Januar erzielt hatte.

>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 20. Januar 2021

Ob der Regierungsentwurf in Bundestag und Bundesrat die nötige Zweidrittelmehrheit erhält, ist offen. Die eaf hat deshalb am 19. Januar 2021 ein >>>Policy Paper veröffentlicht, in dem sie einen Alternativvorschlag für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz unterbreitet.

Bundesfamilienministerium stärkt Medizinische Hotline für mehr Kinderschutz in Deutschland

Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) verlängert die Laufzeit des Projekts „Medizinische Kinderschutzhotline“ bis einschließlich Dezember 2024. Zudem steht die Hotline seit dem 1. Januar 2021 auch Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familiengerichte zur Verfügung. Damit verstärkt das BMFSFJ den Kinderschutz in Deutschland und bewilligt den Antrag der Projektleitung des Universitätsklinikums Ulm. Die vom Bundesfamilienministerium zur Verfügung gestellte Fördersumme umfasst für den Zeitraum Oktober 2016 bis Dezember 2024 insgesamt rund 4,4 Millionen Euro.

>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 13. Januar 2021

CORONA UND FAMILIEN



Ladenhüter Elternentschädigung

Eltern, die wegen geschlossener Kitas und Schulen nicht arbeiten können, haben Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz. Die Zahlen zeigen aber, dass das Angebot kaum wahrgenommen wird.

>>>[Süddeutsche Zeitung online vom 16. Februar 2021](#)

Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Familienwissenschaftliche Perspektiven

Die neue Ausgabe „Politikberatung kompakt“ des DIW Berlin fasst zwölf Essays zusammen, in denen sich Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMFSFJ zusammen mit Kolleginnen und Kollegen ausgewählten Aspekten der Familie in Zeiten der Corona-Pandemie widmen.

>>>[DIW Berlin: Politikberatung kompakt 163 \(PDF\)](#)

COPSY-Studie

[Kinder und Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark unter Corona-Pandemie](#)

Die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in Deutschland im Verlauf der Corona-Pandemie weiter verschlechtert. Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste haben noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden sind verstärkt zu beobachten. Erneut sind vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen. Das sind die Ergebnisse der zweiten Befragung der sogenannten COPSY-Studie (Corona und Psyche), die Forschende des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) durchgeführt haben.

>>>[Pressemitteilung des UKE vom 10. Februar 2021](#)

[Diakonie:](#)

Stufenplan für Wiedereröffnung von Schulen und Kitas wäre wichtiges Signal

„Ein Stufenplan für die Wiedereröffnung von Schulen und Kitas wäre ein wichtiges Signal für die Familien in Deutschland, die nun schon seit Monaten unter Pandemie-Stress stehen. Wenn der Lockdown noch einmal verlängert wird, braucht es solche positiven Perspektiven, dass es danach endlich wieder aufwärts geht,“ so Diakonie-Präsident Ulrich Lilie

>>>[Pressemitteilung der Diakonie vom 10. Februar 2021](#)

Zivilgesellschaftliches Bündnis kritisiert Corona-hilfen für arme Menschen als unzureichend

Ein Bündnis von 41 Gewerkschaften und startete am 9. Februar eine breite Unterschriftensammlung, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, endlich armutspolitisch wirksame Soforthilfen auf den Weg zu bringen.

>>>[Appell "Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!"](#)

Anspruch auf digitale Endgeräte für das Homeschooling: Jetzt Anträge stellen

Familien, die auf Grundsicherung angewiesen sind, können ab sofort eine Kostenübernahme für im Homeschooling benötigte digitale Endgeräte durch das Jobcenter beantragen. Rückwirkend ab 1. Januar werden bis zu 350,- € übernommen.

>>>[Informationen der Website des Vereins Tacheles e.V.](#)

Familiengipfel zum Umgang mit Corona-Folgen

In der Corona-Pandemie hat die Kanzlerin ihre Bürgerdialoge ins Internet verlagert. Diesmal ging es um die Probleme der Familien im Lockdown. Angesichts der Probleme vieler Eltern und Kinder in der Corona-Krise hält Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Familiengipfel für denkbar.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 4. Februar 2021](#)

Ministerin Giffey kündigt Jugend-Hearing zur Bewältigung der Corona-Folgen an

Im Jugend-Hearing am 11. März 2021 soll darum gehen, wo junge Menschen etwa in den Bereichen Bildung und Arbeit Unterstützung benötigen und wie unbeschwerte Freiräume wieder eröffnet und erhalten werden können.

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 3. Februar 2021](#)

[Studie Hans-Böckler-Stiftung:](#)

Kinderbonus brachte deutlich mehr „Wumms“

Der Kinderbonus hat sich als deutlich effektiveres Instrument zur staatlichen Stützung des privaten Konsums in der Corona-Krise erwiesen als die temporäre Mehrwertsteuersenkung. Der Kinderbonus habe zielgerichtet dort geholfen, wo der Bedarf besonders groß war, schreiben die Forscher.

>>>[Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 3. Februar 2021](#)

Ministerium geht von mehr häuslicher Gewalt aus

Das Bundesfamilienministerium sieht Hinweise auf eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen in der Corona-Krise. Das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen sei ein Indikator: Da habe es im vergangenen

Jahr an Ostern erhöhte Zahlen bei der Beratung gegeben. Im Sommer habe sich die Lage wieder beruhigt. Auch Weihnachten sei nicht auffällig gewesen. Allerdings verzeichne das Hilfetelefon in den vergangenen Wochen wieder leichte Anstiege.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 1. Februar 2021](#)

Kita-Verband:

Wir brauchen einheitliche Vorgaben zur Kinderbetreuung

Der Deutsche Kitaverband fordert die Bundesregierung auf, für die öffentliche Kinderbetreuung während der Corona-Pandemie einen einheitlichen Rahmen abzustecken, dessen Umsetzung die Länder zu regeln haben.

>>>[Positionspapier Kita-Verband vom 19. Januar 2021](#)

Lernen im Lockdown

Was Kindern hilft und Lehrende tun können

Was hilft Schülerinnen und Schülern, das Lernen im Lockdown zu meistern? Mit dieser Frage beschäftigt sich die fünfte Auswertung der Corona-Zusatzbefragung im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

>>>[NEPS – Corona & Bildung, Bericht Nr. 5](#)

Eltern haben länger Anspruch auf Kinderkrankengeld

Gesetzlich versicherte Eltern können im Jahr 2021 pro Kind und Elternteil 20 statt 10 Tage Kinderkrankengeld beantragen, insgesamt bei mehreren Kindern maximal 45 Tage. Der Anspruch besteht auch, wenn ein Kind zu Hause betreut werden muss, weil Schulen oder KiTas geschlossen sind, die Präsenzpflicht in der Schule aufgehoben oder der Zugang zum Betreuungsangebot der KiTa eingeschränkt wurde. Eltern können das Kinderkrankengeld auch beantragen, wenn sie im Homeoffice arbeiten könnten. Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch um 20 auf 40 Tage pro Kind und Elternteil, maximal bei mehreren Kindern auf 90 Tage. Diese neue Regelung gilt rückwirkend ab 5. Januar.

>>>[Pressemitteilung BMG vom 12. Januar 2021](#)

Die eaf fordert in ihrer >>>[Pressemitteilung vom 13. Januar 2021](#) die rasche Umsetzung und ein unkompliziertes Antragsverfahren.

Welche Kinder und Eltern die Pandemie am härtesten trifft

Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts hat untersucht, wie Kinder mit diesen Einschränkungen umgehen und wie sie sich auf ihr Wohlbefinden auswirken. Erste Ergebnisse zeigen: Kinder aus Familien in schwieriger finanzieller Lage traf die Pandemie im Frühjahr 2020 besonders stark: Unter ihnen fühlten sich mehr Kinder einsam als in Familien, die angaben, von ihrem Einkommen gut leben zu können (48 vs. 21 Prozent).

[>>>Kindsein in Zeiten von Corona: Studienergebnisse](#)

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Große Mehrheit der Familien ist aus finanziellen Gründen auf Kita-Platz angewiesen

Die Einrichtungen sind für Familien unverzichtbar als Bildungs- und Betreuungsort. Eltern wollen und müssen ihre Kinder in die Kita geben. Doch dem Frühkindlichen Bildungssystem mangelt es an Plätzen. Zu diesem Ergebnis kommt die bundesweite Elternbefragung „Zoom“ der Bertelsmann Stiftung.

[>>>ElternZOOM 2021](#)

Öffentlich geförderte Jugendarbeit erreichte 2019 fast 8,6 Millionen junge Menschen

Nach neuen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden im Jahr 2019, also im Jahr vor der Ausbreitung der Corona-Pandemie in Deutschland, bundesweit knapp 156 700 solcher Angebote der Jugendarbeit mit öffentlicher Förderung durchgeführt. Daran teilgenommen hatten fast 8,6 Millionen junge Menschen.

[>>>Pressemitteilung Destatis vom 2. Februar 2021](#)

Familienleben in Corona-Zeiten: Familienreport 2020

Wie ist es Familien im ersten Lockdown in 2020 ergangen? Wie hat sich ihr Einkommen entwickelt? Und wie steht es um die Familienfreundlichkeit der Unternehmen? Antworten darauf und auf weitere Fragen bieten der Familienreport 2020 und eine repräsentative Eltern-Corona-Befragung aus dem Frühjahr 2020.

[>>>Familie heute. Daten. Fakten. Trends - Familienreport 2020](#)

Managerinnen-Barometer

Die Frauenanteile in den Spitzengremien großer Unternehmen in Deutschland sind im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Vielerorts gewann die Entwicklung aber insbesondere in den Vorständen kaum an Dynamik. Das geht aus dem neuesten Managerinnen-Barometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hervor

>>> [Pressemitteilung des DIW vom 20. Januar 2021](#)

In 3,2 Millionen Familien mit jüngeren Kindern sind beide Elternteile erwerbstätig

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, gab es 2019 rund 5 Millionen Paarfamilien mit Kindern unter elf Jahren in Deutschland, in denen mindestens ein Elternteil berufstätig war. In knapp 3,2 Millionen Familien mit jüngeren Kindern waren beide Elternteile erwerbstätig – das entspricht gut zwei Dritteln aller Paarfamilien mit Kindern unter elf Jahren (68 %).

>>> [Pressemitteilung Destatis vom 7. Januar 2021](#)

Arbeiten in sozialen Berufen

Hohe Systemrelevanz, ungünstige Arbeitsbedingungen

Der Policy Brief des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beleuchtet die Arbeitsbedingungen und die Merkmale der Beschäftigten in sozialen Berufen. Anhand von Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels werden drei Berufsgruppen genauer betrachtet: Gesundheitspflege, Altenpflege sowie Erziehung und Sozialarbeit.

>>> [Policy-Brief Dezember 2020](#)

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

Diakonie:

Auch geflüchtete Frauen brauchen wirkungsvollen Schutz vor Gewalt

„Auch geflüchtete Frauen und deren Kinder brauchen wirkungsvollen Schutz vor Gewalt sowie guten Zugang zu Unterstützungsangeboten. Die Istanbul-Konvention sieht explizit Regelungen zum Gewaltschutz für geflüchtete Frauen vor. In der Realität und in der Umsetzung rückt deren besondere Situation allerdings viel zu oft in den Hintergrund,“ so Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland.

>>> [Hintergrundpapier der Diakonie zu Handlungsbedarfen zum Schutz geflüchteter Frauen vor Gewalt vom 29. Januar 2021](#)

Familie als ein Haupttatort sexuellen Kindesmissbrauchs muss stärker in den Fokus von gesellschaftlicher Aufarbeitung rücken

Die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat vor fünf Jahren ihre Arbeit begonnen. Mehr als 1.000 Betroffene aus dem Tatkontext Familie haben sich bisher bei ihr gemeldet. Die Kommission fordert, dass diesem größten Bereich von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit zukommt.

>>>[Pressemittlung der UKSM vom 26. Januar 2021](#)

Mieterbund begrüßt EU-Vorstoß für erschwinglichen Wohnraum

Das Europaparlament hatte am 21. Januar eine Resolution verabschiedet, die sich vor allem an EU-Kommission und Mitgliedstaaten richtet. Diese sollten sicherstellen, "dass das Recht auf angemessenen Wohnraum anerkannt wird und durch geltende europäische und nationale Rechtsvorschriften als grundlegendes Menschenrecht durchsetzbar ist".

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 22. Januar 2021](#)

Breite Allianz fordert Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro und weitere Corona-Soforthilfen für arme Menschen

Spitzenvertreter*innen von 36 bundesweiten Gewerkschaften und Verbänden fordern in einem gemeinsamen Aufruf die zügige Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Menschen. Das Spektrum der Unterzeichnenden des Aufrufs "Soforthilfen für die Armen - jetzt!!" reicht von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe und Gesundheit.

>>>[Aufruf „Soforthilfen für die Armen“ vom 25. Januar 2021](#)

[Anhörung vor Gericht:](#)

Frauen kämpfen für gemeinsame Mutterschaft

Gesa Teichert-Akkermann und Verena Akkermann aus Schellerten bei Hildesheim wollen erreichen, dass in die Geburtsurkunde ihrer Tochter neben Gesa Teichert-Akkermann, die Paula vor fast einem Jahr zur Welt gebracht hat, auch Verena Akkermann als gleichberechtigter Elternteil eingetragen wird. In erster Instanz waren sie gescheitert.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 13. Januar 2021](#)

>>>[Überblick über die rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Ehepaare/Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion](#)

Perspektiven auf eine europaweite Kindergarantie zur Bekämpfung von Kinderarmut in Europa

Ziel einer europäischen Kindergarantie ist die Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung in Europa durch die Gewährleistung des Zugangs zu erschwinglichen, inklusiven und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, insbesondere für armutsbetroffene und sozial benachteiligte Kinder. Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa fasst in ihrem Newsletter den aktuellen Stand zusammen.

>>>[Newsletter 2/2020](#)

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Elterngeld digital

In den Bundesländern Hamburg, Bremen, Berlin, Thüringen, Sachsen, Rheinland-Pfalz ist es möglich, das Elterngeld digital zu beantragen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt dafür unter >>>www.elterngeld-digital.de ein eigenes Portal zur Verfügung.

Neue, vollständige Basisbibel erschienen

Die BasisBibel ist eine neue Bibelübersetzung in zeitgemäßem Deutsch. Es ist die erste Bibelübersetzung, die das durch die digitalen Medien veränderte Leseverhalten berücksichtigt.

>>>[Weitere Informationen zur Basisbibel](#)

Impressum

Redaktionsschluss: 16. Februar 2021

Vi.S.d.P.: Dr. Insa Schöningh

Redaktion: Konstanze Hartmann-Boudol, Dr. Insa Schöningh

Layout und Verteiler: Janina Noormann

Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen uns. Kontakt: info@eaf-bund.de

Newsletter An- und Abmeldungen sowie ein Überblick über vergangene Ausgaben unter:

>><http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter>

Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint vier Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 2,50 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden:

>>https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische_informationen_fpi

Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage >><http://www.eaf-bund.de/> und auf Facebook >><https://www.facebook.com/bund.eaf/> zu finden.